

**Hans-Martin Gloël**

## **Christen und Muslime in Deutschland – die Bedeutung von Brücken und Dialogprojekten**

Vortrag beim Workshop: “Integration of Minorities into Majorities”

Freie Universität Bozen, Dienstag, 10. Juni 2008

### **Christians and Muslims in Germany – the importance of bridges and dialogue projects**

Presentation and scientific discussion of the South Tyrol Autonomy and other successful European Concepts of integration in order to compile a classified research study for the Royal Thai Government

#### **1. Religion in der Öffentlichkeit kann polarisieren**

Wo sich Symbole des Islams in Deutschland im öffentlichen Raum präsentieren, da zeigt sich auf den Ebenen von Politik, Gesellschaft und auch der Kirchen ein enormes Potential für Polarisierung.

Sei es, dass eine Moschee gebaut werden soll, die als solche erkennbar ist oder sei es, dass man auch nur mit der Möglichkeit rechnet, dass eine Lehrerin mit Kopftuch in öffentlichen Schulen unterrichten könnte: die Heftigkeit der Reaktionen macht deutlich, dass hiermit offenbar an die ureigenen Themen dieser Gesellschaft gerührt wird.

Dies ist umso erstaunlicher, als es in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg als informell ausgemacht schien, dass Religion Privatsache sei und für den gesellschaftlichen und politischen Bereich zunehmend irrelevant werde.

Um wie viel mehr irritiert es da, wenn nun eine zunehmende Minderheit von Muslimen die Öffentlichkeit von Religion einfordert:

„Religion ist öffentlich ... Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geht in Artikel 4 von positiver Religionsfreiheit aus: Die Religionsausübung ist demnach nicht nur eine Privatangelegenheit.“<sup>1</sup>

Begegnung und Dialog zwischen Christen und Muslimen sind deshalb nicht nur für einzelne Gläubige und Glaubensgemeinschaften relevant. Nein, sie haben auch eine gesellschaftliche und politische Dimension.

Gesellschaft und Politik ziehen einen „Kollateralschaden“ aus dem interreligiösen Dialog, wenn man es so nennen will – und ahmen ihn in ihrem Kontext inzwischen nach.<sup>2</sup>

Das Zusammenleben mit Muslimen ist in Deutschland ein relativ neues Thema: Seit den 1960er Jahren kamen Muslime in nennenswerter Zahl nach Deutschland. Es handelte sich dabei vor allem um Arbeitsmigranten aus der Türkei, bzw. später um Menschen, die ihre Herkunftsländer aus politischen und wirtschaftlichen Gründen verließen. Lange nahmen beide Seiten an, dass die jeweiligen Migranten wieder zurückkehren würden. Es wird geschätzt, dass heute von den 82 Millionen Ein-

---

<sup>1</sup> „Religion ist öffentlich“. Erklärung des Interkulturellen Rats in Deutschland vom 2.10.2004 [www.interkultureller-rat.de](http://www.interkultureller-rat.de)

<sup>2</sup> Die 2006 begonnene Islamkonferenz ist das Dialogprojekt der Bundesregierung (Bundesministerium des Innern) mit Muslimen. Man kann das so betrachten, dass hier ein Konzept von der Basis, aus der Mitte der Zivilgesellschaft Karriere in der Politik gemacht hat. Unten fragen wir, welches Signal damit verbunden ist, dass ein Konzept unter relig. Vorzeichen in der Politik verortet ist.

wohnern Deutschlands etwa 3,5 bis 3,7 Millionen Muslime sind (davon ca. 2,5 Millionen türkischer Herkunft).<sup>3</sup>

Erst etwa in den 1990er Jahren begann man, der Realität ins Auge zu sehen und Fragen des Zusammenlebens als politische Herausforderung zu betrachten. Dies war auch die Gründerzeit vieler Dialogprojekte – erst recht dann nach dem 11.09.2001, der die Fragen gegenseitiger Wahrnehmung verschärft hat.

Ein türkischer Teilnehmer der Tagung „Integration von Muslimen“<sup>4</sup> in Erlangen im Jahr 2005 beschreibt, dass Muslime eine Karriere in der Wahrnehmung durch die sog. „Mehrheitsgesellschaft“ zurückgelegt hätten: „Zuerst waren wir ‚**Gastarbeiter**‘, dann hat man uns vor allem als ‚**Türken**‘ wahrgenommen, seit den 90er Jahren als ‚**Muslime**‘ – und jetzt werden wir zunehmend unter dem Thema **Terrorismus** verhandelt.“

## 2. Ein immer dichteres Netz an Brücken und Dialogprojekten

Bevor die Frage der Bedeutung von Brücken und Dialogprojekten vertieft wird, muss kurz eine Auswahl an Initiativen erwähnt werden, die es in Deutschland gibt. Das Netz an Projekten und Initiativen, die auf den verschiedenen Ebenen von Kirchen, Zivilgesellschaft<sup>5</sup> und Politik angeboten werden, verdichtet sich. Dies entspricht der konstatierten gesamtgesellschaftlichen Bedeutung des Dialogs, Polarisierungen zu überwinden, schwierige Fragen zu bearbeiten und im Idealfall gemeinsam konstruktive Akzente zu setzen:

### *Initiativen und Motive:*

Es waren vor allem die **Kirchen**<sup>6</sup>, die bereits vor Jahrzehnten begonnen haben, Begegnung und Dialog mit ihren muslimischen Nachbarn zu suchen. War dies einerseits motiviert, in Begegnungen **Glaubensgespräche** mit Menschen anderen Glaubens zu führen, so spielte nicht selten auch die Verständigung über **gemeinsame Anliegen im Stadtteil** und damit die **Förderung der guten Nachbarschaft** eine motivierende Rolle.

Der kirchlichen Gründung des Zentrums für die Begegnung von Christen und Muslimen **BRÜCKE – KÖPRÜ**<sup>7</sup> im Jahr 1993 in Nürnberg folgte auf muslimischer Seite in derselben Stadt erwidert die Gründung einer eigenen Einrichtung<sup>8</sup> (**Medina e.V.**) mit eigenem Konzept. Beide Einrichtungen kooperieren miteinander. Diese Konstellation gilt bundesweit als einmalig.

Die Zentralräte von Juden und Muslimen und die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen haben mit Förderung des Bundesministeriums des Innern das Projekt „**Weißt du, wer ich bin?**“<sup>9</sup> initiiert, das im ganzen Land in etwa 120 Initiativen Menschen auf sehr verschiedene Weise miteinander ins Gespräch brachte oder gemeinsam aktiv werden ließ.

---

<sup>3</sup> Ca. 52 Mio gehören den beiden großen Kirchen an.

<sup>4</sup> Paraphrasierte Äußerung aus dem Publikum bei der Tagung des Zentralinstituts für Regionalforschung der Universität Erlangen-Nürnberg.

<sup>5</sup> Es ist umstritten, ob Kirchen und religiöse Vereine der Zivilgesellschaft zuzurechnen sind. Zivilgesellschaft wird definiert als der dritte selbständige Pfeiler der menschlichen Gesellschaft, neben dem politischen und wirtschaftlichen Pfeiler. Kirchen seien weder Bürgervereine noch i.d.R. demokratisch legitimiert und deshalb nach ihrem eigenen Selbstverständnis gesondert zu behandeln. (vgl.: Horst Grützke und Jean-Claude Boual, Definition von Begriffen der Zivilgesellschaft, 2002 in: [www.europe-now.org/forum-d/article.php3?id=13](http://www.europe-now.org/forum-d/article.php3?id=13)). Was die Frage der demokratischen Legitimierung betrifft, wäre für diese Definition eine differenziertere Sicht wünschenswert.

<sup>6</sup> Der Dialog wird inzwischen auf allen Ebenen der Kirchen geführt.

<sup>7</sup> [www.bruecke-nuernberg.de](http://www.bruecke-nuernberg.de)

<sup>8</sup> [www.medina-online.de](http://www.medina-online.de)

<sup>9</sup> [www.weisstduwerichbin.de](http://www.weisstduwerichbin.de)

Der Dachverband „**Koordinierungsrat des christlich-islamischen Dialogs**“<sup>10</sup> vertritt 17 Dialogvereinigungen, die sich aus verschiedenen Kontexten in der Regel auf lokaler oder regionaler Ebene entwickelt haben.

Aus dem Bereich der Kirche wiederum kommt auch der Initiator<sup>11</sup> der **Islamforen** in Deutschland auf Bundes- und auf Länderebene. Islamforen auf kommunaler Ebene sind im Aufbau begriffen. Beteiligt sind daran mehrere muslimische Verbände, Persönlichkeiten aus Staat, Gesellschaft, Kirchen und Wissenschaft. Bereits die Zusammensetzung macht deutlich, dass dieser Kreis seine Aufgabe im politischen Bereich sieht.

Die **Stiftungen** großer Firmen geben Forschungsprojekte zu Fragen des Zusammenlebens in Auftrag und fördern interkulturelle Projekte. Auch kleine private Stiftungen setzen mit ihrer Förderung bestimmter Projekte entsprechende Akzente.

Viele **Kommunen** haben Runde Tische für das regelmäßige Gespräch mit Vertretern islamischer Vereine eingerichtet.

Die **Bundesregierung** hat mit der Islamkonferenz ihr ganz eigenes Dialogforum mit integrations- und sicherheitspolitischem Interesse eingerichtet. Erfahrungen aus dem interreligiösen Dialog haben diese Initiative erleichtert.

Bereits der Blick auf die Initiativen lässt die strukturelle **Asymmetrie** deutlich werden, die die Koexistenz von Christen, Muslimen und anderen ausmacht. Die oben bereits angedeuteten Ursachen der Migration lassen erahnen, dass Muslime nicht im Entferntesten eine ähnliche Infrastruktur und die Ressourcen aufbieten können, die der autochthonen Bevölkerung zur Verfügung standen und stehen, abgesehen davon, dass die Voraussetzungen an Sprache und Bildung die entsprechenden Bemühungen erschweren. Muslime bauen ihre Infrastrukturen derzeit erst auf. Nicht nur im Dialog ist daher die Gefahr eines paternalistischen Verhältnisses zwischen autochthoner und zugewanderter Bevölkerung gegeben.

### **3. Begegnung und Dialog im Klärungsprozess der Fragen nach Identität und Macht**

#### **Die Bedeutung für Einzelne, für Religionsgemeinschaften, die Gesellschaft und den Staat**

Das Zusammenleben von Christen, Muslimen und anderen religiösen und weltanschaulichen Gruppen stellt für alle Beteiligten in je verschiedener Weise die Fragen nach **Identität und Macht**<sup>12</sup> und nicht zuletzt auch nach deren Verhältnis zueinander. Für den Prozess einer Klärung dieser Fragen spielen Begegnungen und Dialog eine entscheidende Rolle.

#### **3.1. Für den Einzelnen:**

##### **3.1.1. Identität und Beziehung**

Interreligiöse und –kulturelle Begegnungen und Dialoge können zur Reflexion des eigenen Standpunktes herausfordern und den Einzelnen fähig und willig machen, darüber zu sprechen.

<sup>10</sup> [www.kcid.de](http://www.kcid.de) Der KCID erarbeitet im Rahmen des Projekts ProDia derzeit eine Landkarte des Dialogs in Deutschland, im Sinne einer Bestandsaufnahme, die der besseren Vernetzung dienen soll.

<sup>11</sup> Jürgen Micksch, Theologe und Soziologe, ehem. Oberkirchenrat beim Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland.

<sup>12</sup> „Das Minarett ist ein Herrschaftssymbol“, Necla Kelek in FAZ, 05.06.2007, S.33; abgesehen davon, ob die Informationen sachlich stimmen, legt der Titel des Artikels nahe: hier stellt sich die Machtfrage.

Die eigene Identität kann durch die Fremdperspektive vertiefter erlebt werden und sich zu anderen in Beziehung setzen. „Nur wer selbst fest steht, kann auch andere stehen lassen!“<sup>13</sup> Dies gilt für Christen und Muslime, Migranten und Nichtmigranten gleichermaßen. Und wo man miteinander und nicht übereinander gesprochen wird, da wird oft erkannt, wie individuell die Identität des anderen ist: essentialistische Zuschreibungen von dem, was man immer schon wusste, wie „die“ eben so sind, werden hier nicht selten relativiert.

### **3.1.2. Partizipation und Beheimatung**

Es ist eine Machtfrage, wer diese Gesellschaft gestaltet und wer in ihr Chancen hat.

Chancen hat nur, wer sich qualifizieren kann und sich so weit anerkannt weiß, dass er seinen eigenen Platz in dieser Gesellschaft finden und einnehmen kann, sich vielleicht mit ihr identifiziert. Die Veränderungen in den letzten Jahrzehnten haben manche Autochthone ihrer Gesellschaft entfremdet; viele Zuwanderer haben sich mit ihr (noch) nicht identifiziert. Gegenseitige Ressentiments sind oft die Folge – eine Ursache für Gewalt. Menschen, die sich marginalisiert fühlen, resignieren oder radikalisiert sich – und belasten damit in jedem Fall die Gesellschaft.

Ein in kirchlicher Trägerschaft geführtes Begegnungszentrum von Christen und Muslimen befasst sich intensiv mit Fragen der Koexistenz in unserer Gesellschaft:

„Die Begegnungen machen mich stärker“<sup>14</sup> sagt die Türkin Münife Ü., die regelmäßig das Begegnungszentrum BRÜCKE – KÖPRÜ in Nürnberg besucht. „Gelegenheiten muss man ergreifen“<sup>15</sup> sagt die Irakerin Huda O., die dasselbe Zentrum besucht. Durch Deutschunterricht u. a. in diesem Zentrum, wird sie befähigt, Gelegenheiten der Beteiligung zu erkennen und wahrzunehmen und dadurch auch ihre Kinder zu fördern. Von der Suche nach ihrem eigenen Standpunkt mitten in der Vielfalt berichtet die Christin Katrin A.,<sup>16</sup> die sich als Deutschlehrerin im Begegnungszentrum engagiert. Sie reflektiert dort nicht nur ihre eigene Identität, sondern gestaltet – nicht zuletzt als kritische Beobachterin – die gemeinsamen Veränderungsprozesse mit, indem sie Migranten hilft, ihren Platz in dieser Gesellschaft zu finden. Gleichzeitig aber stellt sie sich und anderen im Zentrum die Frage, was die multikulturelle Situation in Kindergarten und Schule für die Erziehung ihrer Kinder bedeutet, was die Sprache betrifft, die Essensregeln anderer Religionen, das Einüben in eine religiöse Praxis etc.

Die genannten Beispiele zeigen, dass Begegnungen und Dialoge einzelnen Christen und Muslimen helfen, ihre Identität in einer sich verändernden Gesellschaft zu reflektieren und ihre eigene Rolle darin zu finden.

## **3.2. Für die Glaubensgemeinschaften:**

### **3.2.1. Das Recht, sich abzugrenzen...**

Die Vertreter von Religionsgemeinschaften sind oft eher Identitätswächter als Brückenbauer. Sie haben das Recht dazu, auch wenn sich beides nicht ausschließt. Religionsgemeinschaften haben auch innerhalb des Staates das Recht, quasi „Parallelgesellschaften“<sup>17</sup> zu bilden – so ein in Deutschland derzeit oft gebrauchtes Reizwort.

<sup>13</sup> H.-M. Gloël; Räume der Begegnung. Überlegungen zur Arbeit der BRÜCKE, in: Hans-Martin Gloël; Brücken bauen. Christen und Muslime erleben Begegnung, Neuendettelsau, 2. Auflage 2006, S. 15

<sup>14</sup> Wir sind Brückenmenschen. Wie sich Christen und Muslime begegnen. Biografische Notizen, hg. von H.-M. Gloël, Neuendettelsau 2007, S. 124

<sup>15</sup> a.a.O., S. 54

<sup>16</sup> a.a.O., S. 44-49

<sup>17</sup> Strittig ist, ab wann man von einer „Parallelgesellschaft“ sprechen kann.

Religionsgemeinschaften haben auch nicht die Aufgabe, integrationsfördernd zu arbeiten. Ja, im Rahmen der Religionsfreiheit müssen die Inhalte dessen was sie lehren auch nicht mit den Prinzipien des Grundgesetzes übereinstimmen.<sup>18</sup> Sie haben aber den Vorrang der säkularen Rechtsordnung und die verfassungsrechtlich geschützten Rechtsgüter Dritter zu respektieren. Dies ist die Rechtslage.

### 3.2.2. ...und die Aufgabe, sich zu öffnen

Viele Christen und Muslime sehen aber aufgrund ihres Glaubensverständnisses ihre Aufgabe darin, sich für gelingende Kontakte zu Andersglaubenden und für das Wohl von Staat und Gesellschaft zu engagieren. Dennoch ist es keineswegs selbstverständlich, dass so viele Brücken und Dialogprojekte gerade von den Religionsgemeinschaften aufgebaut und genutzt werden und dass der Staat viele ihrer Einrichtungen als Partner für Integration schätzt.

Die Offenheit von Gesprächskanälen, die Notwendigkeit, sich zu anderen Gemeinschaften, bzw. zur Gesellschaft als ganzer in Beziehung zu setzen, kann innerhalb der Glaubensgemeinschaften einen Reflexionsprozess in Gang bringen, der Gemeinschaften anderen Glaubens respektvoll neben sich akzeptiert und das religiöse Mosaik in der Gesellschaft wertschätzt.<sup>19</sup> Es ist in sehr vielen Orten inzwischen üblich, dass sich Gruppen der christlichen und islamischen Gemeinden zu den jeweiligen Festtagen besuchen, um einander zu gratulieren und am Fest der anderen als Gäste teilzuhaben.

### 3.2.3. Dialog als Interessenpolitik der Gemeinschaften

Wo Glaubensgemeinschaften den Dialog führen, da geht es in der Regel um die Wahrnehmung eigener Interessen. Muslime engagieren sich oft mit einem pragmatischen Interesse, um sich für die Veränderung bestimmter Verhältnisse einzusetzen und festzustellen, „welche Spielräume ihnen die sog. Mehrheitsgesellschaft bzw. der hiesige Staat für die Ausübung ihres Glaubens lässt.“ ... Dialogarbeit ist auch „Lobbyarbeit für die Religionsgemeinschaften.“<sup>20</sup> So hat es sich beispielsweise bei Moscheebauprojekten gezeigt, dass überall dort, wo ein langfristig und auf Stetigkeit angelegter Dialog stattgefunden hat, der Prozess der Umsetzung mit relativ geringen Widerständen vonstatten gehen konnte.

Religionen sind vor dem Gesetz gleichberechtigt. Muslime wollen das haben, was die Kirchen auch haben: die gleichen Strukturen im Verhältnis zu Staat und Gesellschaft. Hier wird aber oft eine in-

---

Der Politikwissenschaftler Thomas Meyer (in: *Identitätspolitik. Vom Missbrauch kultureller Unterschiede*, Frankfurt am Main 2002, S. 210) spricht von *Parallelgesellschaft* „(a)us nahe liegenden integrationspolitischen Gründen ...“ nur, wenn „für soziale Kollektive ... in ausschlaggebendem Maße die folgenden Merkmale zutreffen:

1. sozial homogen oder heterogen;
2. ethnokulturell bzw. kulturell-religiös homogen;
3. nahezu vollständige lebensweltliche und zivilgesellschaftliche sowie weitgehende Möglichkeiten der Segregation;
4. nahezu komplette Verdoppelung der mehrheitsgesellschaftlichen Institutionen;
5. formal freiwillige Form der Segregation;
6. siedlungsräumliche oder nur sozial-interaktive Segregation, sofern die anderen Merkmale alle erfüllt sind.“

<sup>18</sup> Das Grundgesetz schützt gerade auch die Freiheit der abweichenden Meinung. „Du musst nicht verfassungstreu sein“, Prof. Dr. Ralf Poscher in FAZ, 28.06.2007, S. 7: „Ein religiöser Glaube verliert nicht durch verfassungsfeindliche Inhalte die Eigenschaft, Religion im Sinn der grundrechtlich geschützten Religionsfreiheit zu sein. Das Grundgesetz verlangt daher von den Religionen auch keine Verfassungstreue, sondern Respekt vor dem Vorrang der säkularen Rechtsordnung und den verfassungsrechtlich geschützten Rechtsgütern Dritter.“

<sup>19</sup> Ein gelungenes Beispiel ist hierfür die Stellungnahme des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes „Wahrheit in Offenheit. Der christliche Glaube und die Religionen“ (2007). Die EKD ist mit ihrer Handreichung „Klarheit und gute Nachbarschaft. Christen und Muslime in Deutschland“ (2006) einen anderen Weg gegangen. Der Zentralrat der Muslime in Deutschland hat mit seiner „Islamischen Charta“ (2002) wesentliche Aussagen für das Zusammenleben getroffen, auch wenn noch viele Fragen offen bleiben.

<sup>20</sup> Gritt Klinkhammer und Ayla Satilmis; Kriterien und Standards der interreligiösen und interkulturellen Kommunikation – Eine Evaluation des Dialogs mit dem Islam. Projektabschlussbericht, Bremen 2007, S. 48

haltliche Asymmetrie deutlich: islamische Gemeinschaften sind aufgrund ihres religiösen Selbstverständnisses anders strukturiert als die Kirchen. Um aber Gleichberechtigung zu erreichen, organisieren sich diese Gruppen oft in einer Weise, die ihrem Selbstverständnis eigentlich nicht entspricht.

Wie wir noch sehen werden, helfen die Kirchen und der Dialog einerseits Muslimen bei der Erreichung mancher dieser Ziele.<sup>21</sup> Andererseits meine ich, es muss auch eine Aufgabe des Dialogs sein zu fragen, ob es sinnvoll ist, im Prozess der Entstehung und (Identitäts-)Findung eigener Strukturen so schnell die Gleichstellung mit den Kirchen anzustreben. Die Formen der Partizipation sollten der Identität der Religionsgemeinschaft entsprechen.

### ***3.2.4. ...und als Basis für gemeinsames Handeln***

Die Kirchen sind durch die wachsende Minderheit der Muslime nicht mehr die allein bestimmenden Akteure, was Religion in der Öffentlichkeit betrifft. Dies ist in den Kirchen einerseits eine schmerzliche Erfahrung, andererseits öffnen sich neue Wege und Formen religiöser Präsenz in der Öffentlichkeit:

Zur regelmäßigen Herausforderung in der Praxis wird dies in vielen Fällen bei Schulanfangs- und Schlussgottesdiensten, die mancherorts als gemeinsame interreligiöse Feiern gestaltet werden. Eine solche Praxis kann nur im Dialog entstehen. Andererseits beinhaltet gerade dieses Beispiel verdichtet unsere zentralen Fragen: was bedeutet eine solche Feier angesichts der Notwendigkeit, das Eigene festzuhalten und zu vertiefen, sich aber auch anderen zu öffnen? Bedeutet eine gemeinsame Feier einen Verlust (gar Machtverlust?) oder Gewinn?

Wie auch immer die konkrete Praxis dann aussieht: im Sinne des o. g. Mottos gilt auch hier „Nur wer selbst fest steht, kann auch andere stehen lassen!“ Wo es feste Pfeiler gibt, lässt sich auch eine stabile Brücke bauen.

## ***3.3. Für die Gesellschaft (größtenteils nicht religiös):***

### ***3.3.1. Dialoge als Serviceangebot***

Es kann und muss nicht jeder in einer Gesellschaft den Dialog pflegen. Viele haben daran kein Interesse und bei der Vielzahl an Gruppen in unserer Gesellschaft wäre die Erwartung völlig unrealistisch, dass sich jeder damit befassen müsste.

Die vorhandenen und funktionierenden Brücken und Dialoge erfüllen deshalb eine wichtige Stellvertreter- und Servicefunktion: sie sind Ansprechpartner und Vermittler wenn es darum geht

- sich über Fragen des Zusammenlebens zu **informieren**
- die gesellschaftliche Situation aufgrund aktueller Anlässe zu **reflektieren** (Verhältnis von Staat und Religion, von Freiheiten und Tabus etwa anlässlich des Karikaturenstreits<sup>22</sup>, eines Moscheebaus etc.)
- bei konkreten Schwierigkeiten (z.B. in der Schule<sup>23</sup>) mit religiösem oder kulturellem Hintergrund **Beratung oder Vermittlung** zu erhalten.

Die Service-Funktion hat also einen ganz allgemeinen Nutzen für die Gesellschaft.

<sup>21</sup> Prominentes Beispiel: Einrichtung islamischen Religionsunterrichts.

<sup>22</sup> Vgl. z.B. die Dokumentation zum Dialogpodium anlässlich des Karikaturenstreits unter [www.bruecke-nuernberg.de](http://www.bruecke-nuernberg.de), Materialien

<sup>23</sup> Z.B.: Muslimische Kinder in der Schule. Informationen und Empfehlungen, hg. vom Islamforum Nordrhein-Westfalen

### **3.3.2. Das Verhältnis von Kultur und Religion als Frage nach der Identität der Gesellschaft**

Auf den Schlüsselbegriff „Identität“ bezogen, ist noch eine andere Frage interessant: Kann der Dialog etwas zur Inkulturation einer Religion in eine Gesellschaft beitragen?

Der französische Soziologe und Islamforscher Olivier Roy sieht ein Problem darin, dass der Islam vieler Muslime ab etwa der 2. Generation gegenüber der Herkunftskultur „dekulturiert“ ist, während in der 1. Generation Sprache, Kultur und Religion noch eins waren. Nicht zuletzt fundamentalistische Ansätze betrachten die Religion nur als globale Wesenheit, eine quasi-virtuelle Welt, während Kultur als Ablenkung und Korruption der Religion verstanden wird. Wenn es aber um die Frage der Inkulturation geht, dann wird von der Religion aus gedacht und gefragt, wie sie gemäß ihres Selbstverständnisses eingebettet in einem neuen Kontext praktiziert wird. (Der Begriff „Euro-Islam“ ist dabei oft hinderlich, da viele Muslime damit den Eindruck verbinden, der Islam solle verändert werden).

Die Debatte in Europa schreibt oft „dem Islam“ eine bestimmte gesellschaftliche und politische Kultur zu und essentialisiert damit die Wahrnehmung.<sup>24</sup> Hier werden Ressentiments geschaffen, die durch den Dialog nur schwer aufzufangen sind – wenn überhaupt.

„Die Unterscheidung von Religion und Kultur war entscheidend für die Selbstaufklärung des Christentums, und ausgerechnet in der säkularen Debatte scheint diese Differenzierung jetzt wieder vergessen zu werden. Die Probleme beim Zusammenleben und die Konflikte mit dem Rechtsstaat entstehen ja weniger durch den religiösen Kern der verschiedenen Bekenntnisse als durch deren Einbettung in bestimmte, von politischen, sozialen und ökonomischen Faktoren beeinflusste Kulturen. Diese Einbettung ist unvermeidlich – keine Religion existiert in einem luftleeren Raum – ...“<sup>25</sup>

Gerade die christlichen Konfessionen haben eine lange und oft sehr widerständige Erfahrung, was ihre Einbettung in politische Kulturen betrifft: die Differenzierung zwischen den Strukturen der säkularen Gesellschaft und denen der Religionsgemeinschaften, die sich entsprechend ihres eigenen Selbstverständnisses organisieren, ist eine große Stärke des deutschen Trennungssystems von Staat und Religion, das damit ein großes Spektrum an Pluralität ermöglicht. Hier können die Gespräche zwischen Kirchen, islamischen Gemeinschaften und staatlichen Akteuren wesentliche Hilfe leisten, dass sich islamische Vereinigungen ebenso in die demokratische Kultur einbetten lassen wie dies die Kirchen im Laufe ihrer Entwicklung getan haben, ohne Abstriche an ihrem religiösen Selbstverständnis vorzunehmen.<sup>26</sup>

Der Dialog hat hierbei eine reflektierende Aufgabe. Begegnungsprojekte können aber – wie das Beispiel oben aus der BRÜCKE (3.1.2.) zeigt, einzelnen Menschen helfen, sich im neuen Kontext und wohl auch der neuen Kultur zu verorten, was keineswegs heißen muss, Eigenes aufzugeben.

### **3.3.3. Religiös-Kulturelle Prägung der Gesellschaft als Machtfrage**

Die kulturelle Prägung der Gesellschaft ist entsprechend ihrer Geschichte christlich: nahezu alle Feiertage und natürlich der Sonntag sind christlich geprägt.

Der in der deutschen politischen Diskussion umstrittene Begriff der „Leitkultur“ bezeichnet aber nicht nur den selbstverständlichen Rechtskonsens<sup>27</sup>, sondern dient auch eigentlich säkularen Politi-

<sup>24</sup> Eigentlich sollte es offensichtlich sein, dass es in islamische Länder von sehr verschiedenen (politischen) Kulturen geprägt sind.

<sup>25</sup> FAZ, 17.03.2004, Mark Siemons: „Die Falle des Laizismus“

<sup>26</sup> Wo Kirchenrecht und staatl. Recht kollidieren, ist Kirchenrecht jedoch i.d.R. juristisch irrelevant: der Umgang mit dem Scheidungsverbot bleibt letztlich eine Sache des Gewissens des einzelnen Gläubigen. Die Kirche muss im Konfliktfall den Vorrang des säkularen Rechts respektieren.

<sup>27</sup> In diesem Sinne hat die CDU den Begriff etwa im Jahr 2001 präzisiert. Dies war aber nicht das Ende der Debatte.

kern dazu, den herrschenden Vorrang der christlichen Kultur zu betonen. Hier liegen die Fragen von Identität und Macht ganz eng beisammen.

Die christlich verwurzelte Kultur prägt dieses Land und oft auch seine Institutionen, das im Sinne weltanschaulicher Neutralität Heimat für Menschen verschiedener Weltanschauungen bieten muss. Damit stellt sich die Frage, wie säkular Autochthone und Andersgläubige sich mit dieser Gesellschaft identifizieren können.

Der Identifikationsvorschlag der ehem. Bundeskanzlers Gerhard Schröder stellte den Begriff des „Verfassungspatriotismus“ in den Mittelpunkt, was sachlich zutreffend ist, aber für viele erst einmal abstrakt wirken dürfte.

Allgemeine Identifikationsmöglichkeiten im Sinne einer Zivilreligion wie in den USA (z.B. Thanksgiving Day!) gibt es kaum. Kulturelle Vielfalt ist in Deutschland noch keinesfalls System, sondern wirkt nach wie vor eher wie ein Unfall.<sup>28</sup> Ich habe keine Antwort für eine ideale Lösung im deutschen Kontext– dies ist nur eine Problemanzeige. Es gibt aber einen interessanten Gegenakzent:

Der 3. Oktober als Tag der Deutschen Einheit ist vielleicht das Datum, das in seiner Bedeutung die meisten Menschen der Bevölkerung erreicht: sinnigerweise haben islamische Verbände genau diesen Tag gewählt, um ihn auch zum „Tag der offenen Moschee“ zu erklären. Dadurch haben sie sich mit diesem Tag identifiziert, um mit einer Veranstaltung zur deutschen Einheit im weiteren Sinn zu zeigen, dass sie ihren Platz in der Gesellschaft sehen.

Der 3. Oktober ist damit ein Brückenbauprojekt von muslimischer Seite aus!

### **3.3.4. Konfusion um Identität und Macht erschwert Brückenbau**

Wo Dialogprojekte in Deutschland allein aufgrund der Motivation arbeiten, Migranten zu ermutigen und zur Teilhabe an der Gesellschaft zu befähigen, da sind sie ein Symptom der Unklarheiten in den ureigenen Fragen unserer Gesellschaft: das meist äußerst bemühte und paternalistische Hineinhehlen-Müssen in Strukturen, die unter großen Vorbehalten stehen und nicht von sich aus deutlich machen können (wollen, sollen?), dass sie allen offen stehen (in den USA ist dieses Signal klar!), ist der Konfusion um Identität und Macht in der sich wandelnden deutschen Gesellschaft geschuldet.

## **3.4. Für den Staat:**

### **3.4.1. Staat und Religionen stehen in Deutschland in einem positiven und offenen Verhältnis**

Es gehört zur Identität des freiheitlich-demokratischen Staates der Bundesrepublik Deutschland mit dem sog. System der „hinkenden Trennung“ von Staat und Religion, dass sich verschiedene weltanschauliche Gruppen, entsprechend ihres Selbstverständnisses organisieren können (s. o.), ohne dass der Staat sein Machtmonopol damit relativiert.

Der Staat ist weltanschaulich neutral, aber nicht wertneutral.

Der ehemalige Bundesverfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde hat dies in seinem oft zitierten Satz ausgedrückt, dass der freiheitlich-demokratische Staat von Voraussetzungen lebe, die er selbst nicht garantieren könne.<sup>29</sup>

<sup>28</sup> Andererseits ist es doch sehr fraglich, ob es erstrebenswert ist, wenn – wie in den USA – an relig. Festen nur noch „Seasons greetings“ ohne Hinweis auf die Identität des Festes verschickt werden sollen / dürfen, um ja niemanden auszugrenzen.

<sup>29</sup> Ernst-Wolfgang Böckenförde, „Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisierung“, in: Ders., *Recht, Staat, Freiheit*, Frankfurt a. M. 1992, S. 92-114, hier: S. 112

Es geht damit nicht um eine Trennung von Religion und Politik, sondern um die institutionelle Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften. Wie bereits erwähnt, hat Religion ihren Platz in der Öffentlichkeit.

### ***3.4.2. Religiöse Identität in der Schule: Islamischer Religionsunterricht als Frucht des Dialogs***

In staatlichen Schulen dürfen Religionsgemeinschaften Religionsunterricht geben und leisten damit einen Beitrag zur sog. „Wertevermittlung“, an der dem Staat gelegen sein muss. Derzeit laufen die Bemühungen um die Einrichtung von Islamischem Religionsunterricht in verschiedenen Bundesländern. Die Einrichtung dieses Unterrichts verdankt sich einer Kooperation von islamischen Verbänden und Einzelpersonen, Kirchenpolitikern, die ihre Erfahrungen und ihr Engagement eingebracht haben und natürlich den zuständigen staatlichen Akteuren. Viele der treibenden Kräfte dieses Projekts sind bekannte Persönlichkeiten im interreligiösen Dialog.<sup>30</sup>

Ein solcher Unterricht ist damit eine religiöse Brücke zu Staat und Gesellschaft bzw. eine staatliche Brücke zur Religion, die muslimischen Schülern das Signal gibt, dass auch ihre Glaubensidentität Teil des offiziellen religiösen Mosaiks dieser Gesellschaft ist. Islamischer Religionsunterricht ist wohl auch das prominenteste Beispiel dafür, dass Muslime zumindest in diesem Punkt strukturell genau das bekommen sollen, was die Kirchen auch haben. Falls jemand dies als Machtfrage zwischen den Religionen sehen möchte: hier ist man auf dem besten Weg dazu, Augenhöhe zu erreichen!

### ***3.4.3. Asymmetrie und Kulturalisierung als Herausforderung für den Dialog auf allen Ebenen***

Ganz anders verhält es sich mit der Islamkonferenz<sup>31</sup>, dem Projekt der Bundesregierung für ihren Dialog mit den Muslimen. Zwar profitiert diese nicht zuletzt durch manche ihrer Akteure von den Erfahrungen des interreligiösen Dialogs. Der Bundesinnenminister hat zu Beginn des Projekts ganz deutlich gesagt, dass Muslime ein Teil dieser Gesellschaft sind.<sup>32</sup> Manche aber fragen, ob das Kind im staatlichen Kontext den richtigen Namen habe.

Wird nicht durch den Begriff „Islamkonferenz“ in diesem Zusammenhang eine Gruppe von Menschen kulturalisiert und als besonders schwierig dargestellt, was wiederum einer Polarisierung Vor-schub leisten kann? Umso mehr, als es neben der Islamkonferenz auch einen – im Bundeskanzleramt angesiedelten – Integrationsgipfel gibt. So ist es die Frage, ob nicht auch die Themen der sog. Islamkonferenz besser etwa unter einem Begriff wie „Zuwanderer in Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland“ zu verhandeln wären. Viele Menschen, die sich selbst eher als wenig oder nicht religiös verstehen, fühlen sich mit der Identitätszuschreibung „Islam“ überinterpretiert und religiös „markiert“.<sup>33</sup> Dies wird auch in den Konflikten um die Frage der Besetzung der Islamkonferenz deutlich. Wer kann / darf / soll die Muslime in Deutschland repräsentieren? Hier wird wiederum die Asymmetrie in Struktur und Selbstverständnis im Verhältnis zu den christlichen Kirchen deutlich. Der angemessene Umgang damit ist oft von der kleinsten Dialoggruppe auf einem Dorf bis hin zur Konferenz auf Regierungsebene ein Thema.

Die Strukturen islamischer Vereine und der Kirchen sind weder vergleichbar noch haben sie eine vergleichbar entwickelte Infrastruktur. Dies ist eine Herausforderung für den Dialog, auf allen Ebenen, besonders wenn es um Fragen politischer Repräsentanz geht.

<sup>30</sup> Beispielhaft sei hier nur der Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Johannes Lähnemann genannt.

<sup>31</sup> [www.deutsche-islam-konferenz.de](http://www.deutsche-islam-konferenz.de) : Arbeitsgruppen: 1. Deutsche Gesellschaftsordnung und Wertekonsens. Muslimisches Leben in der deutschen Gesellschaftsordnung; 2. Religionsfragen im deutschen Verfassungsverständnis, 3. Wirtschaft und Medien als Brücke, sowie: Gesprächskreis Sicherheit und Islamismus.

<sup>32</sup> „Der Islam ist Teil Deutschlands und Teil Europas, er ist Teil unserer Gegenwart und er ist Teil unserer Zukunft. Muslime sind in Deutschland willkommen. Sie sollen ihre Talente entfalten und sie sollen unser Land mit weiter voranbringen.“ Regierungserklärung des Bundesinnenministers am 28.09.2006 in Berlin

<sup>33</sup> Die Medienwissenschaftlerin Dr. Sabine Schiffer verwendet diesen Begriff in diesen Zusammenhängen.

### **3.4.4. Die Machtfrage stellt sich gerade dann, wenn der Dialog nicht stattfindet oder nicht gelingt**

Wo Dialoge zwischen und auch innerhalb der Gemeinschaften, wie oben gezeigt, gelingen, da entsteht durch die Kommunikation ein Netz des Vertrauens, das in der Lage ist, mit vielen Schwierigkeiten umzugehen und sie aufzufangen. Wo Menschen die Herzen und Köpfe ihrer jeweiligen Nachbarn gewinnen, um füreinander und miteinander zu arbeiten, da funktioniert die Zivilgesellschaft und der Staat hat keinen Grund, viel zu reglementieren. Ausdruck eines Defizits an notwendiger Kommunikation könnte die folgende Pressemeldung aus Großbritannien sein: Unter der Überschrift „Ratgeber gegen Radikalisierung. Britische Präventionsstrategie für junge Muslime“<sup>34</sup> wird berichtet, dass das britische Innenministerium „einen Ratgeber für Polizeibehörden, Gemeindeverwaltungen, Jugendämter und Gefängnisaufseher veröffentlicht, der die religiöse und extremistische Radikalisierung junger Muslime verhindern soll. ...Die Regierung gibt an, es sei zwar zweifelsohne nicht die Aufgabe staatlicher Stellen, die religiösen Angelegenheiten einzelner Bürger zu beeinflussen. Doch dort, wo Theologie dazu missbraucht werde, Gewalt und extremistische Aktivität zu rechtfertigen, die sowohl Muslime als auch Nichtmuslime gefährdeten, sei die Regierung aufgefordert, das Verständnis des Glaubens zu fördern und dadurch die Anfälligkeit für extremistische Tendenzen zu mindern.“

Hier fehlt etwas Wesentliches: der ehem. Bundesverfassungsrichter Böckenförde sagte – wie bereits zitiert – dass der freiheitlich-demokratische Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann. Wo diese Voraussetzungen nicht ausreichend gegeben sind, überschreitet der freiheitlich-demokratische Staat um der Sicherheit willen seine Kompetenzen. Das muss eine Herausforderung für die Zivilgesellschaft und in ihr nicht zuletzt für Dialoginitiativen auf allen Ebenen sein, denn es ist eine Machtfrage ersten Ranges, wenn es so weit kommen muss (?), dass sich der Staat inhaltlich in religiöse Fragen einmischt.

Was sich an diesem Fall zeigt, ist ein Problem, das auch für den Dialog auf allen Ebenen gilt: die Mandate müssen deutlich getrennt und dann wieder positiv aufeinander bezogen werden. Interreligiöser Dialog hat nicht die Aufgabe, Politik zu machen, doch er kann dort Lobby der Religionsgemeinschaften für ihre Anliegen sein.

Politik hat nicht die Aufgabe, religiöse Inhalte zu behandeln, doch sie kann die Entfaltung von Religionsgemeinschaften unterstützen.<sup>35</sup>

## **4. Schluss:**

### **4.1. In welcher Gesellschaft wollen wir leben?**

Es ist oft ein Kampf um Symbole, um die es geht, wenn Menschen verschiedener Religionen und Kulturen zusammen leben.

In Symbolen konzentrieren sich die Fragen von Identität und Macht. Und wenn es darum geht, dass Kirchen geschlossen werden und einem anderen Zweck zugeführt werden müssen während Moscheen gebaut werden, dann sind die damit verbundenen Verlustängste ein schwieriger Kontext für ein sachliches Gespräch. Bei vielen entsteht der Eindruck einer *win-lose*-Situation.

In der ganzen Situation geht es um nicht weniger als um ein „Ringeln um Heimat“ – für alle Beteiligten. Die gegenseitige Wahrnehmung ist oft von einer jeweiligen Opferperspektive geprägt: die anderen nehmen uns etwas, bzw. sie wollen uns etwas nicht geben, was uns zusteht. So kann nur eine *lose-lose*-Dynamik entstehen. Wie kann es zu einer *win-win*-Situation kommen? Gemeinsam

---

<sup>34</sup> FAZ, 04.06.2008, S. 5

<sup>35</sup> Im Sinne dessen, was Dr. Peterlini gestern sagte, geht es darum, strategisches Denken und Kommunikation im rechten Gleichgewicht zu halten.

müssen alle an der Frage arbeiten: in welcher Gesellschaft wollen wir leben? In welcher Gesellschaft können wir gemeinsam leben? Ein Problem des Dialogs ist es sicher häufig dabei, dass es noch wenig gelingt, „separate Diskurse“<sup>36</sup> zu durchbrechen. Viel zu sehr bewegen sich die einzelnen Gruppen innerhalb der Kreise, in denen sie einander ihre Wahrnehmungen bestätigen und diese damit verstärken.

Ein Dialog dem es aber gelingt, den Blick für einen Perspektivenwechsel zu öffnen, kann die Konsensbildung in der Gesellschaft fördern.

#### ***4.2. Dialog und Politik brauchen einander***

Der Dialog ist ein Jongleur, der hilft, die verschiedenen bunten Bälle im Spiel zu halten, bzw. sie erst aufzunehmen. Gerade in letzterem Fall erfährt das Spiel immer Störungen, Unterbrechungen. Der Staat schafft den Rahmen, dafür, dass dieses Spiel unter geordneten Umständen stattfinden kann. Manche im Dialog Aktiven bedauern, ihre Initiativen hätten zu wenig Wirkung. Doch der Dialog setzt ein starkes politisches Zeichen für die Möglichkeit, miteinander zu leben. Allerdings: Dialog ist lange nicht alles. Wir sehen das an den Beispielen auf dem Balkan oder im Libanon. Die Menschen dort haben lange Zeit ganz selbstverständlich das gelebt, was wir nicht zuletzt durch Dialog erreichen wollen: Christen und Muslime haben einander gut gekannt, einander zu ihren Festen besucht, sich befreundet und geheiratet. Und als sich die politischen Verhältnisse änderten und drängend die Machtfrage gestellt wurde, dann spielte die Zugehörigkeit, die Identität eine tödliche Rolle: dann haben sie sich von heute auf morgen totgeschlagen.

Dieses Beispiel zeigt, dass es sicher unerlässlich ist, dass sich Dialoge auch mit politischen Fragen beschäftigen, nicht zuletzt mit der Machtfrage. Dialog und Politik haben jeweils ihr eigenes Mandat, doch sie müssen sich komplementär ergänzen.

Nur gemeinsam können sie deutlich machen: in dieser Gesellschaft ist für alle Platz – und niemand muss sich dabei verleugnen.

---

<sup>36</sup> Wiederum ein von Medienwissenschaftlerin Dr. Sabine Schiffer in diesem Zusammenhang verwendeter Begriff